

# Chemnitzer Anzeiger

## und Stadtbote.

### Unparteiisches Tageblatt



für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Furth, Gablenz, Glösa, Helbersdorf, Hilbersdorf, Kappel, Neustadt, Schönau.

**Abonnement:** vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. (Zutragen 40 Pf.), sowie monatlich 42 Pf. (Zutragen 15 Pf.). **Insertionspreis:** die schmale (1spaltige) Corpuzzeile oder deren Raum 15 Pf. — (Social-Anzeigen nehmen entgegen die Verlags-Expedition und die Ausgabestellen des Chemnitzer Anzeigers in Chemnitz und 10 Pf.) — Unter Eingeländ pro Zeile 30 Pf. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. **Verlags-Expedition:** Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Casino).

**Konkursverfahren.**  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Klein Wogenharde in Chemnitz, Inhaber eines unter der Firma E. G. Wary betriebenen Tabak- und Cigarrengeschäftes, wird heute am 15. Januar 1884 Nachmittags halb 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Rechtsanwält Weber zu Chemnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum 14. Februar 1884 bei dem Gerichte anzumelden.  
Es wird zur Beschließung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 2. Februar 1884 Vormittags 9 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 23. Februar 1884 Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Februar 1884 Anzeige zu machen.  
Königliches Amtsgericht zu Chemnitz.  
Beglaubigt: R. Bösch, Gerichtschr.

**Konkursverfahren.**  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns Franz Hermann Dent in Reichenbrand, Kläger, gegen seine Ehefrau Ida Franziska Dent, geb. Schmidt, früher in Reichenbrand, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Beklagte, 2. der Emilie Bertha Franzger, geb. Döble, in Limbach, Klägerin, gegen ihren Ehemann, den Schuhmacher Franz Louis Franzger, früher in Limbach, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Beklagten, 3. der Anna Marie Bräuner, geb. Woggenstein, in Ansporn bei Jöhlich, Klägerin gegen ihren Ehemann, den Müller Friedrich Hermann Bräuner, zuletzt in Oberwiesau, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Beklagten.  
In jeder der nachbezeichneten Ursachen:  
1. des Kaufmanns Franz Hermann Dent in Reichenbrand, Kläger, gegen seine Ehefrau Ida Franziska Dent, geb. Schmidt, früher in Reichenbrand, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Beklagte, 2. der Emilie Bertha Franzger, geb. Döble, in Limbach, Klägerin, gegen ihren Ehemann, den Schuhmacher Franz Louis Franzger, früher in Limbach, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Beklagten, 3. der Anna Marie Bräuner, geb. Woggenstein, in Ansporn bei Jöhlich, Klägerin gegen ihren Ehemann, den Müller Friedrich Hermann Bräuner, zuletzt in Oberwiesau, jetzt unbekanntem Aufenthalts, Beklagten.  
In Bezug des abgeleiteten Scheidungsurtheils Termin zur Eidesleistung des Klägers bez. der Klägerin und Fortsetzung der Verhandlung auf den 25. März 1884 Vormittags 9 Uhr vor der dritten Civilkammer des R. Landgerichts Chemnitz anberaumt und werden die betreffenden Beklagten bez. die Beklagte hierzu geladen.  
Chemnitz, den 16. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber des R. Landgerichts, Civilkammer III.  
Fischer.

**Öffentliche Zustellung.**  
Der zum Armenrecht zugelassene Schloffer Friedrich Moriz Ratsch in Chemnitz, vertreten durch Rechtsanwält Josef Ebers, klagt gegen seine Ehefrau Clara Selma Ratsch, geb. Siegel, zuletzt in Chemnitz, jetzt unbekanntem Aufenthalts, wegen Ehebruchs, mit dem Antrage auf Scheidung, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Civilkammer des Königl. Landgerichts zu Chemnitz auf den 8. April 1884 Vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der vom Gericht bewilligten öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Chemnitz, am 16. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber des Königl. Landgerichts, Civilkammer III.  
Fischer.

**Konkursverfahren.**  
Ueber das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Klein Wogenharde in Chemnitz, Inhaber eines unter der Firma E. G. Wary betriebenen Tabak- und Cigarrengeschäftes, wird heute am 15. Januar 1884 Nachmittags halb 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Rechtsanwält Weber zu Chemnitz wird zum Konkursverwalter ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum 14. Februar 1884 bei dem Gerichte anzumelden.  
Es wird zur Beschließung über die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 2. Februar 1884 Vormittags 9 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 23. Februar 1884 Vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. Februar 1884 Anzeige zu machen.  
Königliches Amtsgericht zu Chemnitz.  
Beglaubigt: R. Bösch, Gerichtschr.

**Öffentliche Zustellung.**  
Der zum Armenrecht zugelassene Schloffer Friedrich Moriz Ratsch in Chemnitz, vertreten durch Rechtsanwält Josef Ebers, klagt gegen seine Ehefrau Clara Selma Ratsch, geb. Siegel, zuletzt in Chemnitz, jetzt unbekanntem Aufenthalts, wegen Ehebruchs, mit dem Antrage auf Scheidung, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Civilkammer des Königl. Landgerichts zu Chemnitz auf den 8. April 1884 Vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der vom Gericht bewilligten öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Chemnitz, den 16. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber des R. Landgerichts, Civilkammer III.  
Fischer.

**Öffentliche Zustellung.**  
Der zum Armenrecht zugelassene Schloffer Friedrich Moriz Ratsch in Chemnitz, vertreten durch Rechtsanwält Josef Ebers, klagt gegen seine Ehefrau Clara Selma Ratsch, geb. Siegel, zuletzt in Chemnitz, jetzt unbekanntem Aufenthalts, wegen Ehebruchs, mit dem Antrage auf Scheidung, und ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die dritte Civilkammer des Königl. Landgerichts zu Chemnitz auf den 8. April 1884 Vormittags 9 Uhr mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.  
Zum Zwecke der vom Gericht bewilligten öffentlichen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.  
Chemnitz, den 16. Januar 1884.  
Der Gerichtsschreiber des R. Landgerichts, Civilkammer III.  
Fischer.

- ### Tageschronik.
20. Januar.
- 1266. Erstes Eindringen des Hauses der Gemeinen in England.
  - 1499. Der Schwabenkrieg.
  - 1612. Kaiser Rudolph II. gest.
  - 1848. Holland unabhängig.
  - 1793. Friede zu Versailles.
  - 1810. Andreas Hofer gefangen.
  - 1813. Bielefeld gest.
  - 1848. Christian VIII. von Dänemark gest.
  - 1851. Leipzig gest.
  - 1867. Anerkennung des Prinzen von Hohenzollern als Fürsten von Rumänien.
21. Januar.
- 1612. Das Haus Romanow kommt auf Russlands Thron.
  - 1793. Ludwig XVI. von Frankreich gest.
  - 1815. Die Vereinigung in Preußen nach Schopenhofs's Plan organisiert.
  - 1816. Matthias Claudius („der Wandsbeker Bot“) gest.
  - 1872. Weillinger gest.
  - 1878. Die Russen besetzen Adrianopel.

### Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.

Vom 18. Januar.

**Hamburg.** Der am 11. Januar hier Verhaftete, welcher des Dynamitattentats in Frankfurt verdächtig ist, ist Schriftfeger und heißt Friedrich August Reindorf (nicht Kahlborn). Seine Papiere lauten auf Reinstorf, er ist aus Sachsen gebürtig. Kurz vor seiner Verhaftung soll er zwei Komplexionen gelungen sein, nach England zu flüchten. Reindorf soll verschiedene Verhaftungen gehabt haben und auch in den Hölzprügeln verwickelt gewesen sein.

**London.** Der Verwaltungsrath des Internationalen Schiedsgerichts- und Friedensvereins nahm einen Beschluß an, in welchem derselbe seinen tiefen Schmerz über das Ableben Daxter's ausdrückt und die eblen und ungenüßigen Bestrebungen desselben für die Ziele des Vereins anerkennt.

**Rom.** Gelegentlich der zweiten nationalen Pilgerfahrt explodirte in der Nähe des Vatikans eine Bombe. Die Polizei traf Maßregeln zum Schutze des Vatikans.

**Rom.** Heute wurde der Generallabt des Benedictinerklosters, Cesare, auf Montevegine in seiner Wohnung ermordet und dieselbe ausgeraubt. Zwei Bedienten wurden verhaftet.

**Berlin, 19. Januar, Mittags.** Motke wohnte dem gestrigen Kaiserkommers des Vereins deutscher Studenten bei.

**Madrid, 19. Januar, Mittags.** Das neue Kabinett leistete gestern Abend den Eid. Es verlaudet, die Cortes würden zunächst verlagert werden, während die Auflösung später erfolgen soll. Das Kabinett bezeichnet als das Ziel seines Strebens, Freiheit und Ordnung zu sichern und die Monarchie zu konsolidiren. Es ernannte 49 Präfecten; dieselben gehen sofort nach den Provinzen ab.

Am 17. Januar wurde unter dem Vorhitz des Staatsministers v. Boetticher eine Plenarsitzung des Bundesrathes abgehalten. Dem Entwurf einer kaiserlichen Verordnung, betreffend die Konfulargerichtsbarkeit in der Regenschast Tunis, ertheilte die Versammlung ihre Zustimmung. Den zuständigen Ausschüssen wurden zur Vorkonferenz überwiefen: der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen zur Ausführung des Gesetzes, betr. die Abwehr und Unterdrückung der Viehkrankheit, vom 3. Juli 1883; der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Bewachung von Pension an in Ruhestand tretende Religionsdiener; der Antrag Sachsens, betr. die Verlängerung des Privilegiums der Notenausgabe der landwirthschaftlichen Bank des Markgrafenthums Oberlausitz. Die Ausschüsse traten, betr. die Etabli- fteuerverwaltung, sowie der Antrag Baierns, betr. die Durchfuhr von frischem Kalbfleisch aus Tyrol auf der Eisenbahn von Ruffien über Rosenheim nach Salzburg, wurden genehmigt. Schließlich folgte die Versammlung Beschluß über die geschäftliche Behandlung mehrerer Eingaben von Privat.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendigte in seiner vorgestrigen Sitzung die erste Lesung der Steuervorlagen und überwiefe dieselben einer besonderen Kommission von 28 Mitgliedern zur Vorkonferenz. Gestern wurde der Antrag Reichensperger auf Wiederherstellung der Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung beraten. Nachdem der Antragsteller den Antrag eingehend begründet hatte, empfahl Abg. Frhr. v. Hammerstein die Annahme einer motivirten Tagesordnung. Die Argumente dieses Redners suchte Abgeordneter v. Schorlemer zu widerlegen. Abg. Richter wünschte den Antrag einer Kommission zur gründlichen Prüfung zu überwiefen. Nachdem dann der Abg. Dr. Stabinski vom polnischen Standpunkte für die Wiederherstellung der Verfassungsartikel gesprochen, ergriff der Kultusminister Dr. v. Gossler das Wort, um gleich im Eingange seiner Rede zu betonen, daß die Staatsregierung bitten wüßte, den Antrag abzulehnen. Sollte er aber trotzdem angenommen werden, so würde die Staatsregierung nicht in der Lage sein, die Sanction einzuholen. In seiner Rede erklärte Herr v. Gossler weiterhin, es sei ihm in dem jetzigen Stadium unmöglich, über die Begnadigung des Bischofs von München zu sprechen. Das Begnadigungsgesuch des Bischofs von Köln sei bereits abgewiesen; dasselbe würde der Fall werden, wenn ein solches bezüglich des Erzbischofs von Posen gestellt würde. Die Regierung sei der Ueberzeugung, daß die Rückberufung dieser Bischöfe nicht im Interesse des Staates liegen könnte und sogar schädlich sei. Von den gegenwärtigen Ministern werde kein einziger, wenn die Frage der Begnadigung der beiden Erzbischöfe an ihn herantrete, die diesbezügliche Ordre unterschreiben. Was die Frage der Verhandlungen mit Rom betreffe, so handle es sich dabei nicht um Konfessionen, sondern die Regierung sei entschlossen, selbständig den Weg der Verbesserung auf diesem Gebiete einzuschlagen. Solche Verbesserungen seien auf allen Gebieten bereits mit bestem Erfolge eingeführt. Die Regierung werde damit fortfahren und hoffe, im weiteren Umfange wirklichen Verbesserungen abzusehen zu können. Wenn man jedoch glaube, daß die Regierung sich irgendwie durch Anträge und sonstige Agitationen drängen lassen werde, so möge man überzeugt sein, daß dies nicht gelingen werde. Weran würde vielmehr dadurch die Regierung in ihrem Vorgehen eher retardiren. Dieselbe müsse suchen, die Last zu tragen, welche ihr durch die Aufgabe erwachse, die Grenzen der Machtbefugnisse des Staates der Kirche gegenüber einzuhalten. Das

jetzige Ministerium werde nicht das letzte sein, welches unter dieser Last stehe; immerhin aber sei es demselben Pflicht, die Last derjenigen zu erleichtern, die nach ihm berufen sein werden, dieselbe zu tragen.

Der Hamburger Senat hat der Bürgerchaft folgenden Antrag, betreffend den Uebergang der im Hamburgischen Gebiete belegenen Eisenbahnstrecken in das Eigenthum oder den Betrieb und die Verwaltung Preussens, zugehen lassen: Für die Strecke Hamburg-Bergedorf zahlt Preußen 14 Millionen und übernimmt die 4 proz. Prioritäts-Anleihe. Für den Postbetrieb der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn zahlt Preußen jährlich 86.000 Mk. mit zweijähriger Kündigungsfrist für beide Theile. Endlich zahlt Preußen eine Kapitalabfindung von 100.000 Mk. für die Abgabe, welche die Veno-Hamburger und die Berlin-Hamburger Bahn zu entrichten haben.

Der russische Minister des Aeußern, Herr v. Giers, beehrte auf seiner Reise von Montreux nach Wien auch Stuttgart und wurde daselbst von der Königin empfangen. Heute Mittag wird er sich nach München begeben.

Aus Breslau wird gemeldet, daß Dr. med. Lion, der wegen Majestätsbeleidigung zu einer Festungshaft von 6 Monaten verurtheilt worden war, vom Kaiser begnadigt worden ist. Der Magistrat und die Stadtverordneten von Breslau hatten mit großer Majorität ein Gnadengeuch beim Kaiser eingereicht.

Von dem Reichsgerichte in Leipzig wurde gestern die im Prozeß Dickschiff eingelegte Revision nach zweifündiger Verhandlung verworfen.

Die schon Ende Dezember v. J. verhandelte, damals aber vertagte Anklage gegen den Abenteuerer Johann Piontkowski, welcher angeblich ein Attentat gegen den Fürsten Bismarck geplant haben sollte, gelangte am 17. d. M. vor der Strafkammer in Danzig zur Schlussverhandlung. P.'s Verant und Vergangenheit blieb auch heute, wie bisher in mystisches Dunkel gehüllt. Alles was Angeklagter auf die ihm zur Last gelegten Vergehen anbrachte, haben wir bereits früher mitgetheilt. Ein weiterer Beweis wurde, wie die „Danz. Ztg.“ meldet, auch heute nicht erbracht. Die Staatsanwaltschaft beantragt die Freisprechung von der Anklage des Diebstahls und des Betteles, dagegen die Verurteilung wegen zweifachen versuchten Betruges, wegen Landstreichens und Führung eines falschen Namens mit 3 Jahren Gefängniß und Ueberweisung an die Landespolizei-behörde nach verbüßter Strafe. Der Angeklagte hat, wenn er bestraft werden sollte, ihn nicht (wie in der „Veranung“) mit anderen Verbrechern zusammen zu bringen. Der Gerichtshof nahm als thatsächlich erwiesen an, daß der Angeklagte sich in zwei Fällen des versuchten Betruges durch die Briefe an den General Gurko in Warschau und dann dadurch, daß er sich bei seiner Selbstverurteilung in Pelsin eines Attentates auf das Leben des Reichskanzlers beschuldigte und nach Berlin gebracht zu werden verlangte, nur um loszufree nach Berlin zu gelangen, daß er sich ferner der Führung eines falschen Namens und des Landstreichens schuldig gemacht habe. Er wurde dafür mit acht Monaten Gefängniß und fünf Wochen Haft bestraft, auch ist der Angeklagte nach überstandener Strafe der Landespolizei-behörde zu überwiefen.

Die Ausfuhr von deutschem Rohzucker und raffinirtem Zucker ist nach einer Mittheilung der „B. V.-Ztg.“ angeblich überaus bedeutend und es müssen unter Anderem in Hamburg seit einigen Monaten schon Tag und Nacht die Zollabfertigungen stattfinden. Dieselben bestehen in der Polarisation des Zuckers, d. v.

### Politische Rundschau.

#### Deutsches Reich.

Der Volkswirtschaftsrath wird dem Vernehmen nach wieder durch den Staatsminister v. Bütticher, als Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe, eröffnet und seine Verhandlungen von demselben oder in Behinderung des Ministers durch den Ministerial-Direktor Vosse geführt werden.

Der Volkswirtschaftsrath wird dem Vernehmen nach wieder durch den Staatsminister v. Bütticher, als Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe, eröffnet und seine Verhandlungen von demselben oder in Behinderung des Ministers durch den Ministerial-Direktor Vosse geführt werden.

Der Volkswirtschaftsrath wird dem Vernehmen nach wieder durch den Staatsminister v. Bütticher, als Vertreter des Ministers für Handel und Gewerbe, eröffnet und seine Verhandlungen von demselben oder in Behinderung des Ministers durch den Ministerial-Direktor Vosse geführt werden.